



BM Herr Hasenberg eröffnet die Sitzung um 17.05 Uhr. Er stellt fest, dass zu der Sitzung ordnungs- und fristgemäß geladen wurde.

Weiter wird die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses festgestellt.

Er schlägt vor, die TO um den

- TOP 13.1) Antrag der FDP-Fraktion vom 19.02.2009  
Ganztagsoffensive der Landesregierung „1000-Schulen-Programm“  
Drucksache Nr. 15/09

zu erweitern. Die Dringlichkeit auf Erweiterung der TO gem. § 48 GO NRW wird einvernehmlich festgestellt.

Weitere Anträge auf Änderung / Erweiterung der TO werden nicht gestellt, so dass BM Herr Hasenberg über die vorliegende TO unter Berücksichtigung der Erweiterung um TOP 13.1) abstimmen lassen kann:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

BM Herr Hasenberg teilt mit, dass ihm Herr Heyer vor der Sitzung 8 weitere Unterschriftenlisten übergeben habe, deren Unterzeichner sich gegen eine „Vollbeampelung an der Kreuzung Grundschötteler Straße / Heilkenstraße“ ausgesprochen haben. Die Listen wurden an den zuständigen FBL, Herrn Sell, weitergeleitet.

Vor der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt :

1. Bericht zur Haushaltslage ( zu TOP 2)
2. Niederschriften  
UVA Nr. 1/09 vom 18.02.2009  
SBA Nr. 1/09 vom 10.02.2009  
JHA Nr. 1/09 vom 12.02.2009
3. Auszug aus der Niederschrift SSKA 1/09 vom 17.02.2009 (zu TOP 5 und TOP 8)

Nach TOP 10) wird eine Sitzungspause von 19.23 Uhr bis 19.32 Uhr eingelegt.

Ende der Sitzung: 21.06 Uhr

Diese Niederschrift besteht aus    Seiten.

Hasenberg  
Bürgermeister

Pfitzner  
Schriftführer

- H – 1 / 1. – 26.02.2009 -  
Einwohneranfragen

---

Auf die Frage von Frau Thiel, wann - wie im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss angeregt - das Piktogramm (30 km/h) im Bereich der Grundschötteler Straße aufgetragen und das Verkehrsschild „Kinder“ aufgestellt werde erklärt FBL Herr Sell, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handele, der Sachverhalt noch abschließend zu klären sei und das Gesamtkonzept Mitte März mit dem Landesbetrieb Straßenbau abgesprochen werde.

- H – 1 / 2. – 26.02.2009 -  
Bericht zur Haushaltslage

---

FBL Herr Wagener berichtet zur Haushaltslage.

Sein Bericht liegt diesem TOP als Anlage bei.

AM Frau Hülshoff regt an, in einem interfraktionellen Gespräch vorzeitig Vorschläge zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II zu erarbeiten, um nach endgültiger Klärung von Förderfähigkeiten keine Zeit zu verlieren.

BM Herr Hasenberg erklärt, dass er laufend berichten und ein interfraktionelles Gespräch bei Bedarf anberaumen werde.

- H – 1 / 3. – 26.02.2009 -

Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten (mündlich) und Überprüfung der Zielvorgaben des Frauenförderplanes  
Drucksache - Nr.

---

BM Herr Hasenberg begrüßt Frau Noll, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Wetter (Ruhr), und erteilt ihr das Wort.

Frau Noll trägt ihren Tätigkeitsbericht vor und steht den AM für Rückfragen zur Verfügung. Der Bericht einschließlich Anlagen liegt diesem Protokoll gesondert als Anlage bei.

Gleichzeitig verweist sie auf die gemeinsam mit Herdecke erstellten Publikationen „Veranstaltungskalender 1-09“ und „Gleich\_Gestellt – Gleiche Chancen für Männer und Frauen“. Beide Flyer habe sie ausgelegt und stünden den AM zur Verfügung.

**Beschluss :**

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

- H – 1 / 4. – 26.02.2009 -  
Kreuzung Grundschötteler Straße / Heilkenstraße  
hier: Unterschriftenaktion gegen die Vollsignalisierung  
Drucksache - Nr.

---

BM Herr Hasenberg verweist noch einmal darauf, dass ihm Herr Heyer vor der Sitzung 8 weitere Unterschriftenlisten übergeben habe, deren Unterzeichner sich gegen eine „Vollbeampelung an der Kreuzung Grundschötteler Straße / Heilkenstraße“ ausgesprochen haben. Die Listen wurden an den zuständigen FBL, Herrn Sell, weitergeleitet. Insgesamt hätten somit mehr als 700 Personen die Aktion von Herrn Heyer unterstützt.

AM Herr Michaelis beantragt für die UWW-Fraktion :

„Auf Grund der Proteste aus der Bevölkerung soll der Beschluss zur Ampellösung an der Kreuzung Grundschötteler Straße / Heilkenstraße revidiert werden.“

Auf Befragen teilt FBL Herr Sell mit, dass die Anregungen aus dem UVA (hier : Protokollnotiz von AM Herrn Schäfer, UWW-Fraktion, bezüglich des Piktogramms „30km/h“ und des Aufstellens des Zeichen „Kinder“) im Gespräch mit dem Landesbetrieb Straßenbau Mitte März aufgezeigt werden.

Im Einvernehmen mit allen AM erteilt BM Herr Hasenberg Herrn Heyer das Wort. Herr Heyer stellt noch einmal den Sachverhalt aus Sicht der Personen dar, die die Liste „Gegen die Vollbeampelung“ unterstützt haben.

Nach Beendigung der Diskussion lässt BM Herr Hasenberg zunächst über den Antrag der UWW-Fraktion auf Revidierung des UVA-Beschlusses abstimmen.

<b><u>Abstimmungsergebnis</u></b> :	dafür	-	Stimme
	dagegen	17	Stimmen
		1	Stimmenthaltung

Abschließend wird folgender **Beschluss** gefasst :

Die beschlossene Dauerrotschaltung ist zu überprüfen, um keine unnötigen Umweltbelastungen für die Anwohner und Gewerbetreibenden zu schaffen. Dazu soll zunächst die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des UVA einen Phasenablaufplan für die geplante Lichtsignalanlage vorlegen.

<b><u>Abstimmungsergebnis</u></b> :	dafür	17	Stimmen
	dagegen	1	Stimme
		-	Stimmenthaltung

BM Herr Hasenberg stellt fest, dass sich der UVA auf Grund dieser Beschlusslage weiterhin mit dieser Thematik befassen werde. Die Verwaltung werde die Ergebnisse in der Presse / im Internet darstellen.

- H – 1 / 5. – 26.02.2009 -

Benutzungs- und Gebührenordnung für das Stadtarchiv Wetter (Ruhr)

Drucksache - Nr.

---

AM Herr Uebelgünn gibt eine Protokollerklärung ab, die diesem TOP als Anlage beiliegt. Bei seinen Ausführungen zeigt er Änderungsvorschläge auf, die s.E. zu berücksichtigen seien.

Nach kurzer Diskussion erklärt BM Herr Hasenberg, dass die Verwaltung die aufgezeigten Sachverhalte prüfen werde. Er schlägt vor, die Beschlussfassung bis zur Sitzung des Rates auszusetzen.

Er stellt Einvernehmen fest, so zu verfahren.

- H – 1 / 6. – 26.02.2009 -

Freiwillige Zuschüsse zum Trägeranteil auf der Grundlage des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) für die Kindertageseinrichtungen

- a) „Pustebume“ des Elternvereins Volmarstein e.V.
  - b) „Fröbelhaus“
    - „Gravemannhaus“
    - „Harkorthaus“
    - „Reuterhaus“
    - „Abenteuerland“
    - „Villa Kunterbunt“ des Trägervereins Soziale Einrichtungen Wetter (Ruhr) e.V. (TSE)
  - c) „Kinderarche“ des Diakoniewerkes Betreutes Leben Grundschöttel e.V.
  - d) Ev. Tageseinrichtung „Die kleinen Strolche“ Esborn des Trägerverbundes  
Ev. Tageseinrichtungen des Kirchenkreises Hattingen-Witten
  - e) Schmandbruch und Wengern der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Ennepe-Ruhr (AWO)
- Drucksache - Nr. \_\_\_\_\_

AM Frau Haltaufderheide gibt eine Protokollerklärung ab, die diesem TOP als Anlage beiliegt.

Gleichzeit erklärt sie sich bei der Beschlussfassung für befangen.

### **Beschluss :**

- a) Es wird beschlossen, ab 01.08.2008 den nicht durch sonstige Einnahmen gedeckten Trägeranteil für die Kindertageseinrichtung „Pustebume“ nach KiBiz (4%) bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Wetter (Ruhr) zu übernehmen. Die personelle Ausstattung der Einrichtung ist mit der Stadt Wetter (Ruhr) abzustimmen. Die Höhe der tatsächlichen Personal-, Sach- und Overheadkosten sowie die sonstigen Einnahmen, die zur Deckung des Trägeranteiles erzielt werden, sind jährlich nachzuweisen.

Der Beschluss wird zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn keine geänderte Beschlusslage herbeigeführt wird. Das Erfordernis wird dem Träger analog der vertraglichen Regelung drei Monate vor Fristablauf mitgeteilt.

- b) Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsgestaltung für die **Kindertageseinrichtungen des TSE in Wetter (Ruhr)** dahingehend abzuwandeln, dass der nicht durch sonstige Einnahmen gedeckte Trägeranteil nach KiBiz ab 01.08.2008 bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Wetter (Ruhr) übernommen wird. Die personelle Ausstattung der Einrichtungen ist mit der Stadt Wetter (Ruhr) abzustimmen. Die Höhe der tatsächlichen Personal-, Sach- und Overheadkosten sowie die sonstigen Einnahmen, die zur Deckung des Trägeranteiles erzielt werden, sind jährlich nachzuweisen. Im Rahmen der freiwilligen Zuschüsse wird einer Übertragungsmöglichkeit des Einrichtungsbudgets nur an Einrichtungen des Trägers im Stadtgebiet Wetter (Ruhr) zugestimmt.

In Bezug auf die freiwilligen Zuschüsse wird die vertragliche Regelung zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einer der Parteien 3 Monate vor Fristablauf gekündigt wird.

- c) Es wird beschlossen, ab 01.08.2008 den nicht durch sonstige Einnahmen gedeckten Trägeranteil für die **Kindertageseinrichtung „Kinderarche“** nach KiBiz (9%) bis zur Höhe der tatsächlich entstandenen Betriebskosten, maximal bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Wetter (Ruhr) zu übernehmen. Die personelle Ausstattung der Einrichtung ist mit der Stadt Wetter (Ruhr) abzustimmen. Die Höhe der tatsächlichen Personal-, Sach- und Overheadkosten sowie die sonstigen Einnahmen, die zur Deckung des Trägeranteiles erzielt werden, sind jährlich nachzuweisen.

Der Beschluss wird zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn keine geänderte Beschlusslage herbeigeführt wird. Das Erfordernis wird dem Träger analog der vertraglichen Regelung drei Monate vor Fristablauf mitgeteilt.

- d) Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsgestaltung für die **Kindertageseinrichtung „Die kleinen Strolche“ Esborn** dahingehend abzuwandeln, dass die Stadt Wetter (Ruhr) ab **01.08.2009** einen Trägeranteil von 3 % bis zur Höhe der tatsächlich entstandenen Betriebskosten, maximal bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses übernimmt.

Die personelle Ausstattung der Einrichtung ist mit der Stadt Wetter (Ruhr) abzustimmen. Die Höhe der tatsächlichen Personal-, Sach- und Overheadkosten sowie die sonstigen Einnahmen, die zur Deckung des Trägeranteiles erzielt werden, sind jährlich nachzuweisen.

In Bezug auf die freiwilligen Zuschüsse wird die vertragliche Regelung zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einer der Parteien 3 Monate vor Fristablauf gekündigt wird.

Eine Übertragungsmöglichkeit des Einrichtungsbudgets an andere Einrichtungen des Trägers wird im freiwilligen Bereich nicht berücksichtigt.

- e) Es wird beschlossen, ab 01.08.2008 den nicht durch sonstige Einnahmen gedeckten Trägeranteil (9%) für die **Kindertageseinrichtungen der AWO Am Schmandbruch und Wengern** bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Wetter (Ruhr) zu übernehmen.

Auf der Grundlage der tatsächlichen Personalkosten, einem Sachkostenanteil von maximal 12 % des Einrichtungsbudgets und Verwaltungskosten in Höhe von 2 % des Einrichtungsbudgets sowie unter Angabe der Rücklage erfolgt ein jährlicher Kostennachweis.

...

Der Beschluss wird zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn keine geänderte Beschlusslage herbeigeführt wird. Das Erfordernis wird dem Träger analog der vertraglichen Regelung drei Monate vor Fristablauf mitgeteilt.

Fließen Zahlungen aus freiwilligen Zuschüssen der Stadt Wetter (Ruhr) in die Rücklage des Trägers, finden diese ausschließlich Verwendung für die Einrichtungen der AWO in Wetter (Ruhr).

**Abstimmungsergebnis :**

dafür	15	Stimmen
dagegen	1	Stimme
	1	Stimmenthaltung

Anmerkung: Das AM Frau Haltaufderheide hat an der Abstimmung wegen § 31 GO NRW nicht teilgenommen.

- H – 1 / 7. – 26.02.2009 -  
Vergütung für Leistungen der Kindertagespflege ab dem 01.01.2009  
Drucksache - Nr.

---

**Beschluss :**

Aufgrund der Neuregelung der einkommenssteuerrechtlichen Behandlung der Geldleistungen für Kinder in Kindertagespflege ab dem 01.01.2009 wird einer Erhöhung des Stundensatzes in der Kindertagespflege von derzeit 3,50 € auf 4,20 € rückwirkend ab dem 01.01.2009 zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

- H – 1 / 8. – 26.02.2009 -  
Vertragliche Änderung zur Schülerbeförderung  
hier: Schoko Ticket-Nachtrag zum 01.01.2010  
Drucksache - Nr.

---

**Beschluss :**

Es wird beschlossen, der vertraglichen Änderung zum SchokoTicket gemäß Anlage 1 der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis :** einstimmig

**Anmerkung:**

Das AM Frau Hülshoff hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

- H – 1 / 9. – 26.02.2009 -  
Ehrenamtskarte NRW  
Drucksache - Nr.

---

Die Anfrage von AM Herrn Lang, ob sich die Jugendleiterkarte im Stadtgebiet bewährt habe, wird von FBL Frau Wiese bejaht.  
Die Antwort, wie viele Karten ausgestellt seien, werde im Protokoll geben.

**Beschluss :**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung der „Ehrenamtskarte“ zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

**Hinweis der Verwaltung :**

Zum jetzigen Zeitpunkt sind gültige 45 Juleica-Cards ausgestellt.

- H – 1 / 10. – 26.02.2009 -

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 62 der Stadt Wetter (Ruhr) „An der Borg“  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch und Beschluss zur  
frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung  
Drucksache - Nr.

---

AM Herr Birkner bittet folgende Protokollnotiz der SPD-Fraktion aufzunehmen :

„Die SPD-Fraktion stimmt der Aufstellung des Bebauungsplanes zu. Im weiteren Verfahren  
sind u.a. nachfolgend aufgeführte, öffentliche Belange intensiv zu prüfen und in das  
Aufstellungsverfahren einzubeziehen :

- Veröffentlichung des Verkehrskonzeptes S-Projekt
- Veröffentlichung des Schallschutzgutachtens (Sportplatz) der S-Projekt
- Umfassende, unabhängige Prüfung eines Kreisverkehrs an der  
Von-der-Recke-Straße / Köhlerstraße
- Gehweg an der „Pferdewiese Von-der-Recke-Straße
- Klärung des Parkplatzraumbedarfs bei Veranstaltungen in der Turnhalle, auf dem  
Tennisplatz, im Schützenheim und auf dem Sportplatz in der Köhlerwaldstraße  
(auch Trainingsbetrieb)“

AM Frau Hülshoff gibt folgende Protokollnotiz für die FDP-Fraktion ab :

„Die FDP bittet dringend um ein Verkehrskonzept speziell betreffend Von-der-Recke-Straße /  
Köhlerstraße und eventuell Kreisell für die Einmündung Köhlerstraße / Vogelsanger Straße.“

Auf Antrag der GRÜNEN lässt BM Herr Hasenberg wie im Fachausschuss getrennt über die  
Beschlussempfehlungen abstimmen.

### **Beschluss :**

1. Gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch wird beschlossen, für den in dem anliegenden  
lageplan schwarz gestrichelt umrandeten Bereich den Bebauungsplan Nr. 62 der  
Stadt Wetter (Ruhr) aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „An der  
Borg“. Planungsziel ist die Schaffung eines Wohngebietes für Eigenheime in  
aufgelockerter Bebauung.

### **Abstimmungsergebnis :**

dafür	16	Stimmen
dagegen	2	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

2. Es wird beschlossen, die frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1  
Baugesetzbuch und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1  
Baugesetzbuch durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

- H – 1 / 11. – 26.02.2009 -

Dienstanweisung für Finanzbuchhaltung der Stadt Wetter (Ruhr)

Drucksache - Nr.

---

AM Herr Uebelgünn gibt eine Protokollerklärung ab, die diesem TOP als Anlage 1 beiliegt.

Auf die Frage von AM Herrn Uebelgünn, ob die Verwaltung die elektronische Buchung ins Auge fassen, teilt FBL Herr Wagener mit, dass das Verfahren dieses zwar hergebe, diese Buchungsmöglichkeit jedoch noch nicht vorgesehen sei.

Zur weiteren Anfrage von AM Herrn Uebelgünn, ob eine externe Sicherung der Daten vorgesehen sei, erklärt Herr Wagener, dass er eine Information dem Protokoll beifügen werde.

Hinweis der Verwaltung:

Diesem TOP liegt ein Vermerk über die derzeitige und beabsichtigte Datensicherung bei (Anlage 2).

**Beschluss :**

Die Mitteilungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

- H – 1 / 12. – 26.02.2009 -

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Jugendhilfebereich  
im Haushaltsjahr 2008

Dringlichkeitsvorlage gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO

Drucksache - Nr.

---

**Beschluss :**

Gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW wird folgender Dringlichkeitsbeschluss gefasst :

Gemäß § 83 GO werden folgende überplanmäßige Aufwendungen genehmigt:

<b>Lfd. Nr.</b>	<b><u>Buchungsstelle</u></b>	<b><u>Bezeichnung</u></b>	<b>überplanmäßige Aufwendung</b>
1	06.03.01.533125	Sozialpädagogische Familienhilfe	70.000,00 €
2	06.03.03.533220	Heimerziehung, sonst. betreute Wohnform	120.000,00 €

Die Mehraufwendungen von insgesamt **190.000,00 €** werden wie folgt gedeckt:

Minderaufwendungen bei Buchungsstelle 06.03.03.523200

–Erstattung an andere Träger der Jugendhilfe- 10.000,00 €

Minderaufwendungen im Deckungskreis 26

–Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz- 174.000,00 €

Minderaufwendungen bei Buchungsstelle 15.01.01.539100

–Beteiligung an Gründungsmehrkosten- 6.000,00 €

**Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

- H – 1 / 13. – 26.02.2009 -

Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2009 „Interkommunale Zusammenarbeit“  
Drucksache - Nr.

---

FBL Herr Wagener berichtet über den Stand der „Interkommunalen Zusammenarbeit“.

In folgende Bereichen werde bereits interfraktionell zusammengearbeitet :

- Gemeinsames Rechnungsprüfungsamt
- Gemeinsamer Rettungsdienst
- Jobagentur
- Gemeinsame Beschaffungen im Bereich der Finanzsoftware
- Gemeinsame „Öffentliche Bekanntmachungen“ mit Herdecke
- verschiedene Arbeitsgruppen, u.a. in den Bereichen NKF, Jugend, Zentrale Dienste, Kämmerer

FBL Herr Wagener geht weiter auf ein derzeit in Beratung befindliches Projekt ein, das die gemeinsame zentrale Einrichtung der Personalverwaltung zum Ziel habe. Unter Beteiligung einer Unternehmensberatung werde das Projekt von einer Arbeitsgruppe der beteiligten Verwaltungen derzeit mit dem Ziel verfolgt, eine zentrale Personalverwaltung zu installieren.

In der Diskussion befinden sich derzeit weitere Projekte, so z.B. die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Informationstechnologie sowie die Beschaffung einer gemeinsamen Software im Bereich des Jugendwesens.

Am Ende der Ausführungen dankt AM Frau Hülshoff als Antragstellerin dieses TOP Herrn Wagener für die Berichterstattung und regt an, den Hauptausschuss in regelmäßigen Abständen über die interkommunale Zusammenarbeit zu unterrichten.

- H – 1 / 13.1 – 26.02.2009 -

Antrag der FDP-Fraktion vom 19.02.2009

Ganztagsoffensive der Landesregierung „1000-Schulen-Programm“

Drucksache - Nr.

---

BM Herr Hasenberg gibt einen Sachstandsbericht über die von ihm geführten Gespräche in der Verwaltung sowie mit den Schulleitern des Gymnasiums und der Realschule. Derzeit prüfe er intensiv den Vorwurf, die Schulverwaltung habe es versäumt, Fördermittel für die Übermittagsbetreuung zu beantragen.

In Kürze seien weitere Gesprächstermine anberaumt, so dass er hoffe, in der Sitzung des Rates nähere Informationen geben zu können.

1. BM Herr Hasenberg verweist auf die allen AM vorliegende Bekanntgabe der vom Stadtkämmerer gem. § 83 GO NRW genehmigten überplanmäßigen Auszahlungen im Haushaltsjahr 2008.
  
2. BM Herr Hasenberg teilt zu den Kommunalwahlen mit :
  - a) Der neue Termin für die Kommunalwahlen soll auf den 30.08.2009 festgelegt werden.  
Folge dieser Terminverschiebung wird sein, dass sich alle Wahlfristen verändern. Bisheriger Abgabetermin für die Wahlvorschläge war der 20. April 2009, jetzt wird es der 13. Juli 2009.  
  
Alle Fraktionen / Parteien des Rates werden jedoch gebeten, die Wahlvorschläge möglichst frühzeitig ( wenn möglich bis Mitte Mai ) einzureichen, damit vor Beginn der Urlaubsperiode die Wahlunterlagen überprüft werden können und die Sitzung des Wahlausschusses vorzeitig vorbereitet werden kann.  
Ebenso kann die Verwaltung durch die anfallende Mehrarbeit dann frühzeitig die Stimmzettel vorbereiten.
  
  - b) Des weiteren wird nochmals an die Abgabe der Vorschläge für die **Besetzung der Wahllokale** erinnert. Bei der Europa- bzw. Bundestagswahl können alle Ratsmitglieder eingesetzt werden.  
  
Für die **Kommunalwahl** sind folgende Besonderheiten zu beachten:
    - aa) Wahlbewerber/innen dürfen nicht in dem Wahllokal des Wahlbezirkes eingesetzt werden, in dem sie kandidieren bzw. in dem sie wohnen.
  
    - bb) Wichtig ist weiterhin die Neuerung des § 2 Abs. 7 Kommunalwahlgesetz :  
„Niemand darf in mehr als einem Wahlorgan Mitglied sein.“  
  
Das bedeutet in der Praxis, dass alle Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des **WAHLAUSSCHUSSES** in keinem **Wahlvorstand vor Ort** eingesetzt werden dürfen.
  
3. BM Herr Hasenberg zeigt die personelle Situation des „Stadtmarketing für Wetter e.V.“ auf und erklärt abschließend, dass Frau Winterhagen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis beim „Stadtmarketing für Wetter e.V.“ ab 01. März 2009 übernommen werde.

1. Auf die Frage von AM Frau Haltaufderheide, ob der starke Winter Straßenschäden in besonderem Maße verursacht habe, erklärt FBL Herr Sell, dass ihm derzeit keine näheren Informationen vorliegen, der Stadtbetrieb jedoch demnächst im UVA berichten werde.
  
2. AM Frau Hülshoff fragt bei den AM nach, ob allen bekannt sei, dass die Grundsteuerbescheide nicht mehr in jedem Jahr, sondern nur noch bei Änderungen erneuert würden. Sie begrüßt diese Neuerung.
  
3. Auf die Frage von AM Herrn Hippenstiel, ob durch das heutige Urteil (Verlust des Prozesses der VRR gegen die Bahn) Sonderzahlungen auf die Städte zukommen, erklärt BM Herr Hasenberg, dass er noch keine Angaben dazu machen könne. Soweit nähere Details bekannt seien, werde er berichten.
  
4. AM Herr Uebelgünn fragt nach, ob für die Fällung eines Baumes im Bereich der Erdarbeiten an der Osterfeldstraße eine Genehmigung vorgelegen habe. FBL Herr Sell erklärt, dass z.Z. noch Bäume gefällt werden können; zu diesem Fall werde er eine Information in dem Protokoll geben.

Hinweis der Verwaltung :

Der Stadtbetrieb hat die Fällung einer Linde mit Bescheid vom 17.09.2008 genehmigt.